

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SB/04/2010  
**Gremium:** Seniorenbeirat  
**Tag:** Mittwoch, 17.11.2010  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202  
**Beginn:** 15:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Mitteilungen
2. Niederschrift der Sitzung vom 28.09.2010
3. Bericht aus dem Sozialausschuss
4. Bericht aus der Landessenorenvertretung
5. Berichte aus den Arbeitsgruppen
6. Berichte aus den Begegnungsstätten
7. Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2011  
Vorlage: 0791/2010
8. Verschiedenes

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

#### **1. Mitteilungen**

Frau Dohms teilt mit, dass aus der Presse zu entnehmen war, dass die Krankenhäuser des Märkischen Kreises in einem Projekt eine Woche lang Patienten auf freiwilliger Basis auf MRSA-Erreger testen will, um so Risikogruppen herauszufiltern. Für diese Risikogruppen soll dann ab Januar 2011 ein MRSA-Screening obligatorisch werden. In Hagen wird dieser Test bereits seit längerer Zeit durchgeführt.

#### **2. Niederschrift der Sitzung vom 28.09.2010**

Die Niederschrift der Sitzung vom 28.09.2010 wird genehmigt, Anmerkungen erfolgen keine.

#### **3. Bericht aus dem Sozialausschuss**

Herr Wegener berichtet über die bis dato durchgeführten Sitzungen des Sozialausschusses. Tagesordnungspunkt war unter anderem das Haushaltssicherungskonzept. Dieses sei lediglich in erster Lesung beraten worden. Die Fraktionen seien sich noch nicht darüber einig gewesen, welche sozialen Leistungen gestrichen werden sollten. Hierzu wird eine neuerliche Sitzung am 02.12.2010 stattfinden.

Weiteres Thema sei das Sozialticket gewesen. Auch hierzu bestehe noch kein Einvernehmen, so dass dieser Punkt in einer der nächsten Sitzungen diskutiert werde.

#### **4. Bericht aus der Landesseniorenvertretung**

Frau Klenke verweist auf zwei Schriftsätze, die sie an die anwesenden Mitglieder verteilt hat und erläutert diese im Detail.

Sie berichtet, dass sie an folgenden Veranstaltungen teilgenommen hat:

- 07.09.2010 in Gladbeck „Förderung der Partizipation im Alter“
- 11.10. bis 15.10.2010 Wochenseminar für Seniorenvertretungen in Königswinter

Besonders herausgestellt wurde hierbei der Seniorensport, insbesondere unter

dem Aspekt, dass körperlich „fitte“ Senioren nicht so leicht zu Opfern von Gewalttaten würden.

## **5. Berichte aus den Arbeitsgruppen**

Herr Böcker teilt mit, dass der Rücklauf der angeforderten Fragebögen zum ÖPNV nur sehr spärlich gewesen sei. Es sei daher nicht möglich, hieraus Rückschlüsse zu bilden. Es werden daher nochmals Überdrucke verteilt, mit der Bitte, diese zeitnah auszufüllen und an die Geschäftsstelle zu übersenden.

Frau Sauerwein teilt mit, dass der Arbeitskreis „Palliativpflege“ seine Arbeit erst im Januar aufnehmen wird.

Frau Opitz teilt für den Arbeitskreis „Versorgung in den Wohnquartieren“ mit, dass zunächst ermittelt wird, wie die Versorgung momentan aussieht und welche Hilfsangebote es bereits gibt. In der nächsten Sitzung soll über die Entwicklung berichtet werden.

Herr Fingerhut berichtet über die Arbeit des gemeinsamen Arbeitskreises des Seniorenbeirates und des Behindertenbeirates. Vorrangig zum Thema „barrierefreie Stadt - Bauen für alle“ erfolge hier die Prüfung, inwieweit Arztpraxen und Verwaltungsgebäude behindertengerecht sind. Ebenso wurden Ampelstilllegungen, ÖPNV, die Behindertentoilette am Bahnhof und die Besichtigung des Westfalenbades und des Schumacher Museums thematisiert.

Frau Dohms berichtet über die Arbeit der AG „gesunde Stadtentwicklung“, die von der Gesundheitskonferenz beauftragt wurde, sich mit der Barrierefreiheit im privaten Wohnbereich zu befassen. Für Februar 2011 sei hierzu eine Öffentlichkeitsveranstaltung im Sparkassenfoyer mit dem Arbeitstitel „Info-Börse für barrierefreies Wohnen in Hagen“ angedacht.

## **6. Berichte aus den Begegnungsstätten**

Herr Ludwig berichtet über einen Powerpointvortrag von Herrn Feldhaus zum Thema „Begegnungsstätten in Hagen“, der im Sozialausschuss gehalten wurde. In der Folge wurde durch die AG der Verbände ein Gespräch mit den Fraktionen geführt, worin versichert wurde, dass über die Sparmaßnahmen innerhalb der Fraktionen noch keine Entscheidung getroffen wurde und weiterer Diskussionsbedarf besteht. Am 09.11.2010 erfolgte dann eine Bustour, bei der vier Begegnungsstätten angefahren wurden. Ziel war es, vor Ort die wahren Begebenheiten und die aktive Seniorenarbeit zu zeigen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Wegener und Frau Sell.

Herr Ludwig teilt mit, dass der Vortrag von Herrn Feldhaus als Anhang zum Protokoll des Sozialausschusses vorliegt und die Genehmigung zur Verwendung im heutigen Protokoll erteilt wird. Der Vortrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

## 7. Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2011 Vorlage: 0791/2010

Herr Treczack teilt zu Beginn der Diskussion mit, dass es sehr schwierig war, sich in die Systematik des HSK einzuarbeiten. Er sieht in dem Konzept eine Vernichtung der jetzt vorhandenen Strukturen, wobei der Schuldenberg weiter anwachsen wird. Vorhandene Einsparpotenziale seien in der Vergangenheit nicht genutzt worden und jetzt versuche man das Problem mit der „Brechtstange“ zu lösen.

Herr Steuber gibt einen generellen Überblick zu dem vorgelegten Konzept. Er berichtet, dass es bereits in den einzelnen Stadtteilen Informationsveranstaltungen für die Bürger gegeben hat. Er verweist darauf, dass Informationen über die Historie des HSK auch über das Internet zu erhalten sind. Aufgrund der existenziellen Bedrohung der Stadt Hagen habe man zusammen mit der Bezirksregierung eine Basis in Form der Zukunftskommission gefunden, um dieses Thema anzugehen. Im Jahr 2009 habe diese Zukunftskommission dem Rat den Vorschlag unterbreitet, das Defizit um 90 Mio. € zu mindern. Diesem Vorschlag habe sich der Rat angeschlossen und die Verwaltung beauftragt, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Der Fachbereich Jugend und Soziales habe den Auftrag erhalten, Vorschläge über einen Wert von 7,5 Mio. € zu unterbreiten. Allein die Personalkosteneinsparung sollte bei rund 4 Mio. € liegen, was jedoch nicht erreicht wurde. Für den Fachbereich sei diese Einsparung sehr schwierig gewesen, da man sehr viele Pflichtaufgaben zu erfüllen habe.

Herr Steuber weist weiterhin darauf hin, dass in den letzten Jahren eine Vielzahl von neuen Aufgaben von Bund und Land an die Kommunen nicht kostendeckend übertragen wurden.

Herr Böcker stellt fest, dass man bei der Abstimmung zum HSK eigentlich nur die Wahl zwischen „Pest und Cholera“ habe. Einerseits sei eine Zustimmung zu den einzelnen Punkten aus Sicht des Seniorenbeirates mit gutem Gewissen nicht möglich. Andererseits sei er sich darüber im Klaren, dass man so wie bisher nicht weitermachen könne. Man müsse sich fragen, welche Visionen der OB für die Zukunft habe.

Man müsse sich wahrscheinlich auf die Frage beschränken, welche Einsparmaßnahme überhaupt nicht mitgetragen werden kann.

Herr Böcker weist noch auf eine Maßnahme hin, die zwar nicht in den Zuständigkeitsbereich des Seniorenbeirates fällt, die er jedoch trotzdem ansprechen möchte. Das sei das Thema Kinderspielplätze. Es sei richtig, dass die Stadt keine Mittel zur Verfügung habe, um marode Spielgeräte, die zum Teil gefährlich sind zu erneuern. Aber man müsse die Flächen nicht gleich verkaufen. Es sei sinnvoller, die Flächen beispielsweise mit Rasen einzusäen und für die Zukunft zu erhalten. Herr Böcker bittet diesen Punkt als Empfehlung an den Rat im Protokoll festzuhalten.

Herr Wegener stellt fest, dass die Ursachen der heutigen Verschuldung bereits in der Politik der sechziger Jahre zu suchen seien.

Frau Opitz stellt fest, dass man angesichts der Tatsache, dass jeden Tag neue Schulden auflaufen, nicht mehr darüber diskutieren sollte, ob gespart wird, son-

dern wie gespart werden soll. Diese Diskussion sollte einhergehen mit Zukunftsfragen, nämlich mit der Frage, „was bringt der Stadt in Zukunft Geld oder vermeidet Kosten“.

Frau Sauerwein stellt fest, dass viele Kürzungen Geld in der Zukunft kosten, sie werden nicht Kosten sparen, sondern Kosten verursachen.

Herr Steuber stellt heraus, dass die Stadt alleine nicht in der Lage sein wird, genügend Einsparungen zu tätigen um wieder in einen gesunden finanziellen Rahmen zu gelangen. Hierzu ist die Hilfe auch des Bundes und der Länder nötig. In der Zwischenzeit sollte man sich bemühen, nicht alle vorhandenen Strukturen zu zerstören, sondern nur Kosten entsprechend zu senken. Zu dem von Herrn Böcker angesprochenen Punkt der Kinderspielplätze führte Herr Steuber noch aus, dass es in Anbetracht der fehlenden Mittel darum gehe, die Substanz der nach den Schließungen noch vorhandenen Spielplätze zu erhalten.

Frau Klenke stellt fest, dass für die Arbeit des Seniorenbeirates ein Etat in Höhe von 3.000€ bestand, der auf 1.500€ gekürzt wurde. Ihr sei bislang nicht bekannt gewesen, dass es einen solchen Etat geben würde und sie würde anregen, dass dieser Betrag auch für eine gemeinsame Unternehmung genutzt werden sollte.

Frau Klenke stellt weiter fest, dass es bei einem weiteren Rückgang der Einwohnerzahl logisch sei, dass Einrichtungen geschlossen werden müssen. Hier sei die Qualifikation der Objekte maßgebend.

Frau Sauerwein stellt klar, dass der Seniorenbeirat immer einen entsprechenden Etat hatte und dass daraus Dinge wie z. B. die Veranstaltungen in den Stadtteilen finanziert wurden.

Frau Verbeek ergänzt zum Vortrag von Frau Klenke, dass die Einwohnerzahl nicht nur sinkt, weil zu wenig Kinder geboren werden, sondern auch weil viele Leute bewusst aus Hagen wegziehen würden.

Frau Sauerwein bittet, nun in die Diskussion der einzelnen Maßnahmen einzusteigen.

### **55.133      Zuschuss für die Freiwilligenzentrale**

Frau Sauerwein hält die Maßnahme für kontraproduktiv, da die Stadt doch auf das Ehrenamt baue. Herr Ludwig schließt sich an.

#### **Beschluss:**

Die Bezuschussung der Freiwilligenzentrale soll fortgeführt werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**55.050 Schuldnerberatung**

Herr Steuber erläutert, dass es sich bei der eingesparten Stelle entgegen der Überschrift nicht um die Schuldnerberatung sondern um die Insolvenzberatung handelt. Die Förderung dieser Stelle beim DW erfolgte durch einen für drei Jahre geschlossenen Vertrag, der im September 2010 auslief. Die Maßnahme sei also bereits durchgeführt, nach der GO sei eine Verlängerung des Vertrages nicht möglich gewesen.

Frau Opitz bittet darum, bei einer der nächsten Sitzungen eine Übersicht der Verwaltung vorzulegen, aus der hervorgeht, wer die Schuldner- und Insolvenzberatung in Anspruch nimmt (mehr junge Leute, Senioren, etc.) und wie lang die Wartezeiten sind.

Herr Ludwig stimmt Frau Opitz zu und stellt gleichzeitig heraus, dass es wichtig ist, klarzustellen, dass weiterhin eine kostenfreie Schuldnerberatung gesichert sein muss.

Herr Steuber ergänzt, dass die Stadtverwaltung ebenfalls eine Schuldner- und Insolvenzberatung durchführt und derzeit keine extrem langen Wartezeiten bestehen. Wie sich die Entwicklung in der Zukunft darstellen wird, soll durch die Verwaltung im Auge behalten und dem Seniorenbeirat berichtet werden. Die Zielgruppe, die hier primär beraten wird, sei jedoch die Gruppe derjenigen, die im Leistungsbezug stünden, nicht die Senioren.

**Beschluss:**

Der Seniorenbeirat bedauert, dass eine Stelle eingespart wird und hält eine ausreichende gebührenfreie Beratung in der Zukunft für notwendig.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 20  
Enthaltungen: 1

**55.111 Senkung globale Sachkosten im SGB XII-Bereich****Beschluss:**

Der Seniorenbeirat stimmt der Maßnahme zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 20  
Enthaltungen: 1

**55.114 Gebühr für Heimaufsicht**

Frau Kreiß stellt klar, dass die Gebühr nicht nur für Heimneubauten gilt, sondern für alle Amtshandlungen nach dem WTG.

**Beschluss:**

Der Seniorenbeirat stimmt der Maßnahme zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 20

Enthaltungen: 1

**55.153 Wegbrechende Refinanzierung „soziale Stadt Altenhagen“****Beschluss:**

Der Seniorenbeirat stimmt der Maßnahme zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 20

Enthaltungen: 1

**55.155 Seniorenbegegnungsstätten**

Frau Sauerwein weist daraufhin, dass Herr Feldhaus bei seinem Vortrag im Sozialausschuss darauf hingewiesen hat, dass Seniorenbegegnungsstätten zweifellos dazu beitragen, dass Senioren erst später in ein Pflegeheim kommen, was wiederum dazu beiträgt, dass Kosten für die Stadt eingespart werden. Man dürfe daher nicht nur die jetzige Einsparmöglichkeit sehen, sondern müsse auch an die Kostenentwicklung für die Zukunft denken.

Herr Böcker weist darauf hin, dass die Bürger der Stadt immer älter werden. Daher halte er es für kontraproduktiv, die Infrastruktur der Begegnungsstätten abzubauen.

Herr Klein fragt nach, wie weit die Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden bezüglich der Budgetverträge gediehen sind und welche Begegnungsstätten möglicherweise geschlossen werden sollen.

Herr Steuber erläutert, dass durch die Verwaltung anhand der Versorgungsstruktur errechnet wurde, dass in Hagen-Mitte eine Begegnungsstätte zuviel vorhanden sei und im Bereich Nord eine gute Versorgung bestehe, so dass man hier entsprechende Veränderungen vornehmen könnte. Vorgeschlagen wurde jedoch nur eine 20%ige Kürzung, wie diese im Einzelnen ausgestaltet

würde sei offen geblieben.

Bezüglich der Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden treffe man sich nach der Ratssitzung im Dezember zu weiteren Gesprächen.

Herr Ludwig weist darauf hin, dass eine Fortschreibung des Altenplanes notwendig sei, um zu diesem Punkt beschließen zu können.

Weiterhin gibt Herr Ludwig zu bedenken, dass es aufgrund der Einschränkung des ÖPNV für Senioren immer schwieriger werde, zentrale Einrichtungen zu erreichen. Vor diesem Hintergrund seien die dezentralen Begegnungsstätten von noch größerer Bedeutung.

#### **Beschluss:**

Der Seniorenbeirat ist der Meinung, dass die Bezuschussung für die Seniorenbegegnungsstätten nicht gekürzt werden darf, und dass die Anzahl der Begegnungsstätten erhalten bleiben muss.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür:	<u>17</u>
Dagegen:	<u>1</u>
Enthaltungen:	<u>3</u>

#### **55.157 Verträge 55/0**

Herr Steuber erläutert, dass es um die Einstellung des Pauschalzuschusses geht. Daneben gäbe es gesonderte Verträge zu einzelnen Bereichen, wie z.B. die Schuldnerberatung oder die Nichtsesshaftenberatung.

Herr Ludwig stellt fest, dass man die weiteren Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden abwarten und keinen Beschluss fassen sollte.

Frau Sauerwein stimmt dem zu und geht über auf den nächsten Punkt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ohne Beschlussfassung

#### **PK.3111 Personalkosteneinsparungen im TP 3111**

Frau Sauerwein stellt fest, dass bereits eine starke Personalverdichtung erfolgt ist und weitere Einsparungen aus ihrer Sicht sehr problematisch seien.

Frau Kreiß weist darauf hin, dass auch ihre Abteilung insgesamt 18% des Personals einsparen sollte, was jedoch nicht gelungen ist, weil in einigen Bereichen die Verdichtung schon so groß ist, dass einfach nicht mehr möglich ist.



Man habe schon Bedenken hinsichtlich der Fürsorgepflicht gehabt.  
Im Folgenden gibt Frau Kreiß einen kurzen Überblick über die Maßnahmen.

Frau Opitz stellt fest, dass es bereits jetzt erhebliche Missstände gibt, und dass man als Seniorenbeirat weiteren Kürzungen nicht zustimmen kann.

**Beschluss:**

Der Seniorenbeirat lehnt die Personalkosteneinsparungen ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit Mehrheit beschlossen

**PK.3151 Personaleinsparungen im TP 3151**

**Beschluss:**

Der Seniorenbeirat lehnt die Personalkosteneinsparungen ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit Mehrheit beschlossen

**PK.4140 Personalkosteneinsparung im TP 4140**

**Beschluss:**

Der Seniorenbeirat lehnt die Personalkosteneinsparungen ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit Mehrheit beschlossen

**Kinderspielplätze**

**Beschluss:**

Der Seniorenbeirat spricht die Empfehlung an den Rat aus, die Grundstücke für ungenutzte Kinderspielplätze als Freizeitflächen für Jung und Alt zu erhalten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**8. Verschiedenes**

Zu diesem Punkt gibt es keine Anmerkungen.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.30 Uhr

**C. ANWESENDE**

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
Herr Böcker, Herbert	SPD
Frau Sauerwein, Ruth	B90/GRÜNE
Frau Noack, Heidrun Bund	Hagen Aktiv / Dt. Diabetiker
Herr Geßler, Walter	FDP
Frau Hentschel, Roswitha	DieLinke.
Frau Dohms, Ulla	VdK
Herr Fingerhut, Manfred	AWO
Frau Heide, Claudia	Caritas
Frau Jaschke, Margret	Diakonie
Frau Kandolf, Anita	AWO
Herr Klein, Hans-Jürgen	D R K
Frau Klenke, Margot	VERDI
Frau Opitz, Margit	AWO / SPD
Frau Sell, Karin	DPWV
Herr Treczack, Friedhelm	DRK
Frau Verbeek, Helmi	Caritas
Herr Wegener, Wolfgang	DGB
Herr Weitzel, Gerhard	Älterwerden mit Freunden
Frau Wiewiorka, Beate	Diakonisches Werk
Herr Özkan, Ramazan	SPD / DTB
Frau Fenselau, Elisabeth	Diakonisches Werk
Herr Greif	AWO
Herr Heidenreich	AWO
Herr Insel	SPD
Herr Kilic	B90/Grüne
Herr Klapper	DGB
Herr Ludwig	DRK
Frau Rudolph	DRK
Frau Werkmüller	Stadtsporbund

---

Ruth Sauerwein  
Vorsitzende/r

---

Silvia Beck  
Schriftführer/in